

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Vierzehnte Sitzung vom 29. Januar.

(Schluß.)

Zum Wort melden sich 13 Redner gegen und 4 Redner für die Regierungsvorlage. Der Referent Abg. Lent verzichtet beim Eingang der Debatte, unter Verweisung auf den Kommissionsbericht auf das Wort. Der erste Redner gegen die Vorlage ist der Abgeordnete Windthorst (Meppen): Sie werden begreifen, daß ich mit sehr schmerzlichen Gefühl und deshalb ungern in diese Debatte eintrete, aber die Pflicht der Pietät, der Pietät, welche meine Vergangenheit mir auferlegt und welche gewachsen ist mit dem unbegrenzten Unglück, welches die Königsfamilie von Hannover getroffen hat, zwingt mich, das Wort zu ergreifen. Ich spreche zu den Vertretern einer ritterlichen Nation, ich spreche zu den Siegern, welche den Sinn der Hochherzigkeit haben und das giebt mir den Muth frei und offen zu sprechen, ohne Rücksicht, ob es dem Einen oder dem Andern gefallen werde oder nicht. Ich will Schutz verlangen für das Eigenthum, freilich nur von Fürsten. Ich bin gegen beide Anträge der Kommission: sie widersprechen dem Art. 63 der Verfassung, denn von einem Nothstande wird Niemand sprechen und von einer Gefahr auch wohl nicht, denn alles, was heute vorgebracht wird, war schon bekannt zur Zeit, als der Vertrag abgeschlossen wurde. Ferner widerspricht der ganze Vorgang dem Art. 9 und 10 der Verfassung. Sind wir denn das Forum, welches über diese Sache entscheiden kann? Es ist die Frage, ob der vom König von Preußen mit dem König Georg abgeschlossene Vertrag ausgeführt werden oder ob das Vermögen des Regierten mit Beschlag belegt werden soll. Der Redner geht demnach ausführlich auf die Natur des mit dem König Georg abgeschlossenen Vertrages ein und weist darauf hin, daß die Schwierigkeiten bei Abschluß des Vertrages in denselben Thatfachen bestanden, welche heute für die Beschlagnahme angeführt werden. (Hört! Hört!) Es ist behauptet worden, der König Georg habe mehr erhalten, als er verlangen konnte. Das ist nicht richtig. Ich möchte den Vertrag zerreißen und die Herausgabe der Domänen verlangen. Zur Beurtheilung bedarf man des Beweises; aber die Aeußerungen der königlichen Regierung basten nicht auf eigener Wahrnehmung, sondern auf Berichten. Wenn ein Verhör angestellt würde, so würden alle diese Dinge in einem anderen Lichte sich darstellen. Man verweist auf die Notorietät. Ist Alles Notorietät, was in den Zeitungen steht? Der Redner geht auf die einzelnen Thatfachen auf die Hochzeitsrede, die Legion, das Comité u. näher ein und behauptet, daß bei einer näheren Untersuchung der Dinge, dieselben ebenso verschwinden würden, wie der Däne. (Heiterkeit!) Man muß dem Feinde auch sein Wort halten und es liegt hier weder die jure noch de facto eine Basis vor, so zu verfahren, wie die königliche Regierung es vorschlägt. Wir werden deshalb nicht anders können, als die Vorlage verwerfen, nach welcher der König Georg noch schlechter behandelt wird, als der überführte Hochverräter. Die Kommission hat diese Verordnung durch ihren Zusatzantrag noch verschärft. Ich halte diese Bestimmung weder zart noch weise, denn eine mögliche Auslegung wird dadurch sehr erheblich erschwert. — Die hochselige Königin von Preußen und ihre Schwester, die hochselige Königin von Hannover vereinigten sich dort oben im Gebet, daß eine volle Einigung zwischen Preußen und Hannover stattfinden möge; es ist dies notwendig zur ferneren Entwicklung unseres gemeinsamen Vaterlandes. Treten wir nicht zwischen diese erlauchten Frauen; zerstören wir nicht ihr Gebet; es hängt mehr davon ab, als sie denken.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich will mich jetzt nur darauf beschränken, das Material für die weitere Diskussion mit einigen Mittheilungen zu vervollständigen, die ich bedauere, nicht früher gegeben zu haben, sie würden manchen Zweifel des Vorredners vorher beseitigt haben. Der Vorredner hat Zweifel darüber geäußert, daß eine hannoversche Legion wirklich existire. Ich habe nicht geglaubt, in eine Beweisführung hierfür eintreten zu müssen. Manches was in den Zeitungen steht, ist denn doch wahr, wenn auch nicht alles (Heiterkeit). Ich erinnere Sie daran, daß die hannoversche Legion von einem Beamten des Hiesiger Hofes mit österreichischen Pässen versehen nach Frankreich geschickt wurde. Diese Thatfache ist Gegenstand wiederholter Korrespondenz zwischen den norddeutschen Bundesbehörden und der kaiserlich französischen Regierung gewesen; die französische Regierung hat angeordnet, daß diese Leute in kleinere Abtheilungen getheilt wurden. Wie weit ihr dies gelungen ist, können Sie aus Mittheilungen entnehmen, die ich gleich machen werde. Der Ministerpräsident verliest hierauf einen Bericht, wonach die Legion in Paris sich augenblicklich auf 1400 Mann stellt. Die militärische Ordnung der Leute besteht, nur daß sie unbewaffnet seien; dies letztere sei nur der französischen Regierung zu danken. Andere

erhebliche Abtheilungen lebten in Amiens, Orleans u. und die Soldaten lagen zusammen nach den Regiments, in denen sie in ihrer Heimath gedient haben. Die Offiziere lebten in Paris und kämen nur von Zeit zu Zeit, um die Löhne auszuzahlen. Es werden circa 300,000 Thlr. für diese militärischen Zwecke jährlich verausgabt und ich glaube, so fügt der Ministerpräsident hinzu, Sie werden es für nützlich halten, die Quelle zu verstopfen und sie nicht mehr mit preussischem Gelde zu füttern. Es sei den Leuten, so fährt der Bericht fort, Aussicht gemacht, bald wieder siegreich in ihr Vaterland einzuziehen. Die Stimmung der Leute sei allerdings anders, sie hätten den Glauben verloren und möchten gern zurückkehren. Was das Comité in Wien betrifft, so bemerkt der Ministerpräsident, so habe ich mich überzeugt, daß der Däne ein Schleswig-Holsteiner war. Im Reichstage haben wir gesehen, daß einzelne Schleswig-Holsteiner im ersten Augenblick von den Dänen schwer zu unterscheiden waren. (Heiterkeit.) Als Agenten des Königs von Dänemark habe ich ihn nicht bezeichnet, so wenig, als ich die Stuttgarter Republikaner als Agenten der württembergischen Regierung bezeichnet hätte. Ich habe für den Augenblick nur dieses Material.

Abg. Haack erörtert den rechtlichen Standpunkt der Frage und führt aus, daß die Regierung das Minimum der ihr nach Privatrecht und Völkerrecht zustehenden Befugnisse in der Vorlage ausgeübt habe.

Der Ministerpräsident verliest hierauf den Bericht eines Augenzeugen über die Vorgänge in Hiesing bei Gelegenheit der silbernen Hochzeitfeier. Derselbe berichtet über den bekannten Toast des Königs und über die Ansprache des Königs im Kurzaale, die weit schärfer gewesen sei, als die Journale sie mitgetheilt. Ueberall wurde die Hoffnung auf baldige Rückkehr in das Welfenreich ausgesprochen.

Abg. Schulze (Berlin): Die königliche Staatsregierung hat die Momente verkannt, welche sie berechtigten, den Vertrag zu annulliren und von demselben zurückzutreten. Das ist eine rechtliche Basis; aber diese Halbscheit, in Form eines Gesetzes vorzugehen, dies hat seinen Halt; so etwas kann man nicht rechtlich; so etwas läßt sich nicht begründen. Ich muß der königlichen Regierung sagen: erfülle den Vertrag nicht und warte ab, bis der König von Hannover den Rechtsweg einschlägt. Diesen Weg will ich offen halten; denn über viele Thatfachen kann nicht die königliche Regierung, sondern nur der Richter urtheilen. Dem Abg. Windthorst erwiderte ich, daß der Volksvertreter kein Recht hat, ritterlich zu sein, wenn es notwendig ist im Interesse des Landes. Wenn die Rechtstitel des Königs Georg gerichtlich untersucht würden, dann würden manche andere Resultate heraus kommen, und deshalb empfehle ich Ihnen die Annahme des folgenden Antrages: „Die Vorlage der königlichen Staatsregierung nicht zu genehmigen unter der Aufforderung, ihren Rücktritt von dem Vertrage mit dem König von Hannover zu erklären, zur Auseinandersetzung wegen des Privatvermögens mit demselben zu schreiten und ihm die Beschneidung des Rechtsweges gegen den Fiskus zu überlassen.“ Wir dürfen uns vor dem Rechtsweg nicht scheuen, die Situation wird sich dadurch bei weitem mehr klären. Genehmigen Sie den Antrag und Sie werden der Regierung und den Interessen des Landes am Besten gedient haben. (Bravo!)

Abg. v. Sybel spricht für den Vertrag. Die Erwägung, was aus der Angelegenheit werden soll, wenn wir die Vorlage nicht genehmigen, ist für mich so durchschlagend, daß ich trotz der Bedenken, die auch ich habe, für dieselbe stimmen werde. In welcher eigenthümlichen Lage brächte man die Gerichte, wenn man sie in die Lage brächte, über den Vertrag zu urtheilen? Wo sollen die Gerichte die Beweismittel hernehmen, um die politischen Gründe zu würdigen? Wollen Sie die Gerichte in die Lage setzen, eine bloß politische Manifestation von einem Gesichtspunkte aus zu beurtheilen, der gar nicht auf die Sache selbst paßt? Wollen Sie den preussischen Gerichten zumuthen, mit ihrem Patriotismus und mit ihrer juristischen Ueberzeugung in Widerspruch zu kommen? Die Regierung hat mit der Beschlagnahme nur ein ihr zustehendes Recht ausgeübt. Abg. Windthorst hat behauptet, daß der König Georg an vielen Agitationen unschuldig sei; deshalb darf die Regierung nicht untätig sein. Die Hoffnungen auf Restauration des welfischen Thrones sind nicht bloß an den Himmel gerichtet gewesen und deshalb empfehle ich die Annahme der Regierungsvorlage. Das Haus muß seine Zustimmung zu der Beschlagnahme geben, weil dieselbe auf Grund des sogenannten Nothstandsparagraphen der Verfassung vorgenommen ist. Die Zustimmung des Landtages ist notwendig zur Beschlagnahme und zur Aufhebung derselben. Wir sitzen hier nicht zu Gericht in einem uns betreffenden Streit, sondern wir befinden darüber, was das Interesse des Landes erheischt. (Beifall rechts.)

Reg.-Komm. Geh. Ober-Finanzrath Wolny: Ueber den Erfolg einer und derselben Maßregel herrschen

die verschiedensten Anschauungen vor bei einem namhaften Juristen und einem namhaften Politiker. Dem Vorschlage, von dem Vertrage zurückzutreten, glaubt die Staatsregierung sich nicht anschließen zu können, weil es sich hier nicht um privatrechtliche Gesichtspunkte handelt. Es hat sich bei der Regierung um große politische Rücksichten gehandelt, um das Wohl des Staates; die Staatsregierung hat sich im Stande der Nothwehr befunden, sie hat aber geglaubt, nicht weiter gehen zu dürfen, als die Nothwehr es erfordert. Der König Georg betrachtet sich heute noch als im Kriegszustande gegen Preußen sich befindend, und alle Rechtslehrer sind darin einverstanden, daß das Vermögen eines Fürsten, der sich einem andern gegenüber im Kriegszustande befindet, wenigstens Gegenstand einer Beschlagnahme sein kann. Der Grundsatz etiamsi hosti fides est servanda ist nicht verlegt; ich citire dagegen einen andern, hier bereits geltend gemachten Spruch: adversus hostem aeterna auctoritas.

Abg. v. Beesten spricht unter großer Unruhe des Hauses gegen die Vorlage, bleibt jedoch auf der Journalistenbühne unverständlich.

Abg. Dr. Waldeck: Mir paßt die Verordnung durchaus gar nicht; ich hätte eine ganz andere Verordnung gewünscht; ich hätte gewünscht, daß der Fehler vom vorigen Jahre wieder gut gemacht würde durch einen politischen Akt, und dieser hätte nur darin bestehen können, daß man jenes Staatsobjekt, welches früher dem hannoverschen Volke gehört, mit dem preussischen Staatsvermögen wieder vereinigt hätte. Nach der preussischen Verfassung sind die Domänen nicht Privateigenthum, und die preussische Verfassung ist nach der Annetion in Hannover eingeführt. Das Recht des preussischen Staates auf die Domänen ist also unabweisbar. Wer uns unsere Domänen nehmen will, der ist unser Feind. Wenn wir den kleinen Fürsten die Domänen bezahlen sollen, dann wird es zu theuer. (Heiterkeit.) Es wird immer noch vom Welfenreich gesprochen. Das Welfenreich ist nichts Anderes, als eine Satyre auf Heinrich den Löwen. (Große Heiterkeit.) Ich sage: mit dem Maße, mit dem ihr uns messen wollt, mit demselben Maße sollt ihr gemessen werden. Ihr sagt: Ihr seid Souveräne; nun, wenn Ihr uns unsere Domänen wegnehmen wollt, so werden wir auch nicht sagen: Ihr seid Privatleute. (Heiterkeit.) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Vertrag ein Staatsvertrag war, und ich bin erstaunt, daß ein Mitglied des Hauses ihn als Privatvertrag bezeichnen will; ich achte die Anhänglichkeit an den früheren Fürsten sehr hoch, aber ich glaube, daß, wenn Herr v. Beyer in der französischen Kammer eine ähnliche Behauptung aufgestellt hätte, sie mit einem höhnischen Gelächter begrüßt worden wäre. Vergessen Sie nicht, daß wir Schulden gemacht haben, um unsere Domänen einem Manne zu bezahlen, der nicht einen Schellen von Recht darauf hat.

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß seit der Feter der silbernen Hochzeit in Hiesing eine erhebliche Zeit verlaufen ist, und daß deshalb die abgewandte Darstellung, welche der erste Herr Redner dem damaligen Vorgange gab, vielleicht doch nicht die hinreichende Widerlegung in dem Gedächtnisse der Hörer finden würde, und daß es sich empfehlen würde, die damaligen Erscheinungen dem Hause nochmals vor Augen zu rücken, namentlich auch deshalb, weil ja gerade diese Erscheinungen, die der Bewilligung der Abfindung unmittelbar folgten, neben der Fortdauer der Legion, auf deren Entlassung bei dem Vertrage gerechnet war, den ersten Anlaß zur Anregung des Sequester-Verfahrens seitens der Regierung mitgegeben haben, wenn auch nicht ausschließlich. Ich halte es daher für meine Pflicht, vergangene Situationen durch den Bericht eines Augenzeugen über die damaligen Vorgänge aufzufrischen, indem ich vorweg einige Zeilen aus der von König Georg damals gehaltenen Rede, wie sie die „Wiener Presse“ wiedergab, vorlesen will, weil dieser Bericht auf dieselbe Bezug nimmt. Es sind das die Schlusssätze des Toastes. Ich übergebe den längeren ersten Theil, weil er sich weniger scharf in denselben Sinne ausspricht. Diese Schlusssätze lauten: „Ich fordere Euch auf, zu trinken auf die Wiederherstellung des Welfenreiches, des Welfenthrones, auf meine Rückkehr in Eure Mitte. Gott gebe eine baldige Auferstehung des Thrones in Hannover, meine Rückkehr zu meinem Volke, dessen Treue und Anhänglichkeit ein leuchtendes Vorbild sein wird für alle Völker der Erde. Ein Hoch auf ein baldiges Wiedersehen im Welfenreiche.“

Dasselbe Thema ist varirt in dem ersten Theile des Toastes. Hierauf nimmt nun der Bericht eines Augenzeugen Bezug, der aus Wien vom 19. Februar 1868 datirt ist: „Die Deputationen aus allen Städten und Ständen Hannovers wurden von 10 bis 5 Uhr vom König Georg und der königlichen Familie mit vollstem Hosiat in Schöndamm empfangen. Alle wurden ausführlich angehört und Allen wurde ausführlich geantwortet. Hoffnung auf Wiedersehen, auf baldige Wiederherstellung des Welfenreiches und treues Festhalten

und Ausharren war der Hauptinhalt der Antworten. Im Kurzaal versammelten sich von 7 Uhr Abends einige Tausend Personen, meistens Hannoveraner, jedoch auch viele geladene Gäste, worunter auch Wiener, die beiden Bürgermeister-Stellvertreter, der Bürgermeister selbst ist krank, Referenten der Journale, mehrere Civil- und Militärpersonen. Um 1/9 Uhr erschien der Hof, der mit der Volkshymne empfangen wurde, aber auffallender Weise ohne Hochs. Nachdem er mehrere Male die großen Säle durchschritten hatte, bewegte sich der König, die Königin, beide Prinzessinnen und der Kronprinz nach allen Richtungen durch das dicke Gebränge der „getreuen Hannoveraner“, ließen sich die Zuhörerschaften vorstellen und sprachen zu Jedem Worte des Dankes für das Kommen und der Hoffnung des Wiedersehens. Auch ich wurde vorgestellt. Dann trat der König mit Gefolge in die Mitte und hielt eine Ansprache, welche die alle „Presse“ zwar am besten, aber doch nur im Auszuge mittheilt. Der Inhalt war viel kräftiger in den Ausdrücken; er forderte die Hannoveraner auf, treu zu ihm zu halten und mit ihm vereint auf die Wiederherstellung Hannovers und des Welfenreiches hinzuwirken. Der Rede folgten begeisterte Hochs und Zurufe; dann wurde die Unterhaltung mit allen Leuten fortgesetzt. Besonders den Leuten aus dem Bürger- und Bauernstande schüttelten der König und die Königin sehr warm die Hände und forderten sie auf, nur muthig auszuhalten und vergl. Ein alter Veteran von 78 Jahren aus Donabrück, der schon vom Champagner sehr ergriffen war, versprach sich hoch und theuer, den König wieder zurückzuführen. Der alte Mann war sehr kindisch; der König schüttelte ihm die Hände und sagte unter Anderem: „Ich habe Dich gleich wieder erkannt!“

Wie ich höre, haben mehrere als „Preußen“ bekannte Hannoveraner den Zug mitmachen wollen, einige haben ihn auch mitgemacht, wurden aber sehr bewacht; einer bei Domayr in Hiesing, wo sich die Hannoveraner versammelt hatten, ein anderer im Kurzaal, wo sehr strenge Kontrolle war, vom Grafen Wedell eigenhändig an die Luft gesetzt.“

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Der Referent Abg. Lent verzichtet nach dieser Erklärung des Ministerpräsidenten auf das Wort. (Beifall.)

In der Spezialdiskussion vertheidigt nur der Abg. Birchow seinen oben mitgetheilten Antrag, wo auf zur Abstimmung geschritten wird. Die Anträge der Abgg. Schulz und Birchow werden abgelehnt.

Ueber den Kommissionsantrag wird namentlich abgestimmt. Das Resultat dieser Abstimmung ist die Annahme des Kommissionsantrages mit 256 gegen 70 Stimmen. Im Wesentlichen gegen den Kommissionsantrag stimmt die Fortschrittspartei; der Abstimmung enthalten sich die Abgg. v. Bennigsen, Bening, v. Sporn, Boscher, Schläger u. A. — Danach schließt die Sitzung nach 4 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. — Tages-Ordnung: Rest der heutigen.

Deutschland.

○ Berlin, 29. Januar. Es sind mancherlei Besorgnisse bezüglich der im Staate Paraguay befindlichen Deutschen laut geworden. Positive Nachrichten fehlen hierüber zwar, da die Verbindungen mit diesem Staate sehr mangelhaft sind, doch wird es einigermaßen zur Beseitigung dieser Besorgnisse dienen, daß die englische Diplomatie sehr angelegentlich um die englischen Unterthanen im Staate Paraguay bemüht ist und daher auch untersucht hat, ob diese Beschwerden oder nicht zu führen haben. Die Engländer, unter denen sich den Namen nach auch zwei Deutsche befinden, haben nun erklärt, daß sie ganz unbefellig in Paraguay lebten und daß sie durchaus keinen Wunsch das Land zu verlassen hätten. — Im Lager der liberalen Partei hatte man die Erwartung gehegt, daß bei den gestrigen Debatten über anderweitige Feststellung der Wahlbezirke und die Verhältnisse des preussischen Landtags und des norddeutschen Reichstags die Grundzüge des preussischen Wahlsystems und Verfassungslebens überhaupt in Frage gestellt würden. Diese Erwartung ist getäuscht worden. Es ist zwar der Anlaß gemacht worden, die preussischen Zustände als unhaltbar darzustellen; es wurde demselben aber bald durch die ruhigen und scharfen Auslassungen des Grafen Bismarck Einhalt gethan. Graf Bismarck wies mit seinem gewohnten Scharfsinn und seiner gewohnten Beredsamkeit nach, daß sich der Plan, eine Uniformität des preussischen Landtags und des norddeutschen Reichstags herzustellen, weder mit den Grundzügen des preussischen Staates vertrage, noch auch den Bedürfnissen des norddeutschen Bundes entspreche. Es hat diese ganze Debatte einen neuen Beweis gegeben, wie verschieden die Standpunkte des Grafen Bismarck und der national-liberalen Partei sind, derselben national-liberalen Partei, die sich so gern als die Bundesnoffen und die Stütze der Bismarckschen Politik bezeichnet. Graf Bismarck steht auf dem Boden einer realen Politik, die national-liberale Partei hat aber im Allgemeinen noch immer ihr altes doktrinäres Programm nicht aufgegeben, treibt nach wie vor Prinzipienpolitik

Landmarkt.
Weizen 66—73 *R.*, Roggen 52—56 *S.*, Gerst
54—58 *S.*, Hafer 33—36 *R.*, Erbsen 55—58 *S.*, Be
12¹/₂—17¹/₂ *R.* pr. Ctr., Stroh 7—9 *S.*